

BERICHT AUS BERLIN

Axel Knoerig

06.11.2015 / Nr. 16

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, die Vereinbarung der CDU und CSU von Sonntag zeigt, dass wir die Sorgen der Bevölkerung aufgreifen und konkrete Lösungen zur derzeitigen **Flüchtlingsproblematik** anbieten. In einem Positionspapier wurden diese Ziele u.a. festgelegt:

- Zuwanderung ordnen und steuern
- Fluchtursachen bekämpfen (z.B. Afghanistan militärisch helfen und stabilisieren)
- Menschen in Not helfen, Integration Schutzbedürftiger sichern
- den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte zwei Jahre aussetzen (betrifft Asylbewerber, die unabhängig von Genfer Flüchtlingskonvention und Asyl-Grundrecht hier bleiben dürfen)
- Kosten für Integrationskurse auf Leistungen anrechnen
- EU-Außengrenzen besser zu schützen, illegale Migration (Schleusungen) beenden

Das Positionspapier der Union finden Sie auf:

www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/151101-positionspapier.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=3279

Diesen **Neuregelungen** hat gestern der Koalitionspartner SPD zugestimmt. Insbesondere wurde vereinbart, drei bis fünf Aufnahmeeinrichtungen mit Residenzpflicht für Asylbewerber mit geringen Bleibeaussichten aufzubauen. Hier sollen vor allem Asylanträge von Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten rasch bearbeitet und eine umgehende Rückführung abgelehnter Asylbewerber durchgeführt werden. Innerhalb von

drei Wochen sollen die Verwaltungsverfahren sowie eventuelle Rechtsverfahren abgeschlossen sein. Außerdem erhalten alle Flüchtlinge einen Ausweis, über den sie in einer zentralen Datenbank registriert werden. Nur damit sind künftig Leistungen zu bekommen.

Zu den großen Herausforderungen der Zukunft gehört auch der digitale Wandel. Wie die Politik diesen im Bereich Wirtschaft optimal begleiten kann, darum ging es auf unserem Fraktionskongress am Mittwoch im Bundestag. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hielt eine Rede zum Thema **„Wirtschaft 4.0“**, in der sie u.a. die Bedeutung des lebenslangen Lernens hervorhob. Als Berichterstatter für die digitale Wirtschaft nahm ich an dieser Veranstaltung teil und halte fest: Wir müssen technische Entwicklungen positiv sehen und die Digitalisierung als Chance wahrnehmen!



Trotz elektronischer und digitaler Zahlungssysteme kaufen übrigens viele Bürger weiter mit **Bargeld** ein. Nur 32 Prozent könnten darauf verzichten. Zwei Drittel praktizieren Mischformen aus Bar- und elektronischen Zahlungen (Quelle: Marktforschungsinstitut Nordlight Research).

Neues aus dem Parlament

Heute wird im Bundestag darüber beraten, wie wir rechtlich mit dem Thema **Sterbehilfe** umgehen. Nach intensiver Diskussion stehen mehrere fraktionsübergreifende Gruppenentwürfe zur Abstimmung. Wir Unionsabgeordnete plädieren vorrangig für die Vorschläge von MdB Brand und MdB Hintze. Beide sehen einen Ausbau der Palliativversorgung und Schmerzmedizin sowie ein Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe vor.

Ich werde für den Entwurf von Hintze stimmen, weil hier das **Selbstbestimmungsrecht** gewahrt wird. Dieses im Grundgesetz verankerte Menschenrecht garantiert jedem Einzelnen, selbst über sein Leben zu bestimmen. Dementsprechend wird in diesem Gesetzentwurf der ärztlich assistierte Suizid unter strengsten Auflagen zugelassen. In einer persönlichen Erklärung habe ich hierzu meine eigenen Anpassungsvorschläge beim Deutschen Bundestag eingereicht. Dazu gehört die Einrichtung von Beratungsstellen, die ohne Fristen aufgesucht werden können und Schwerstkranke im Sinne einer Suizidprävention beraten. Die ärztliche Begleitung ist immer zu dokumentieren und regelmäßig zu evaluieren.

Ergänzend dazu wollen wir mit dem gestern verabschiedeten **Hospiz- und Palliativgesetz** die Versorgung Schwerstkranker und Sterbender flächendeckend stärken. Dazu sind Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie der sozialen Pflegeversicherung vorgesehen. So erhalten Kinderhospize künftig eine eigene Rahmenvereinbarung. In Kliniken ohne Palliativstation wird eine Finanzierungsgrundlage für multi-professionelle Teams geschaffen, die schwerstkranken und sterbende Menschen zusätzlich zur allgemeinen Krankenhausversorgung begleiten.

Mit einer umfassenden **Krankenhausreform** wollen wir u.a. die Qualität der Pflege verbessern. Dazu wird ein Pflegestellen-Förderprogramm mit bis zu 660 Millionen Euro von 2016 bis 2018 ausgestattet und danach mit bis zu 330

Millionen Euro jährlich. Ferner wollen wir den Versorgungszuschlag ab 2017 durch einen Pflegezuschlag mit einem Volumen von 500 Millionen Euro pro Jahr ersetzen. Darüber hinaus werden wir die Notfallversorgung in Krankenhäusern verbessern. Die Versorgungslücke für Schwer Kranke, die nicht mehr krankenhausbearbeitungsbedürftig und nicht pflegebedürftig sind, wird leistungsrechtlich geschlossen.

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt leistet der Bund seinen Beitrag zur **Finanzierung** der Kosten durch die Aufnahme von Flüchtlingen. Neue Schulden sind nicht vorgesehen. Vielmehr finanzieren wir aus einer Rücklage aus Überschüssen des laufenden Jahres in Höhe von fünf Milliarden Euro einen Teil der Kosten für 2016. Die vorgesehene Entlastung der Länder und Kommunen um eine Milliarde Euro in diesem Jahr wird auf zwei erhöht. Auch das **Technische Hilfswerk** (THW) wird mit 19,4 Millionen Euro zusätzlich gestärkt.

Mit dem ERP-Wirtschaftsplan 2016 stehen 760 Millionen Euro für die **Mittelstandsförderung** bereit. Unterstützt werden Existenzgründungen, Wachstums- und Exportfinanzierungen sowie die Innovations- bzw. Beteiligungskapitalförderung. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau fördert technologieorientierte Start-ups und innovative Firmen bis 2020 mit bis zu 400 Millionen Euro.

Auf der Sitzung der **Reservisten-AG** im Bundestag wurde hervorgehoben, dass über 5.000 Soldaten als „Helfende Hände“ in der Flüchtlingshilfe bereitstehen. Mit Brigadegeneral Knappe und Bundestagskollegen dankte ich für den Einsatz!



Zu Gast in Berlin

Karina Hollwedel aus Affinghausen, Samtgemeinde Schwaförden, hospitierte kürzlich in meinem Bundestagsbüro. Die 19-jährige Schülerin absolvierte ein freiwilliges **Praktikum** in den Herbstferien.



22 Jugendliche der **Oberschule Bassum** empfing ich zu einem Gespräch im Parlament. Die zehnte Klasse war mit den Lehrerinnen Anika Bahns (2.v.l.) und Stephanie Ost (3.v.l.) sowie der Referendarin Julia Michel (ganz links) in Berlin.



Von der **Haupt- und Realschule Twistringen** war ebenfalls eine zehnte Klasse zu Gast. Die 25 Jugendlichen kamen mit den Lehrkräften Elke Oetker (5.v.l.) und Felix Karkowski (4.v.l.).



Im Wahlkreis

In der letzten Woche besuchte ich alle 17 Kommunen meines Wahlkreises, um mit den Bürgermeistern und zuständigen Mitarbeitern über die **Flüchtlingssituation** zu sprechen. Ich wollte mir direkt vor Ort ein Bild davon machen, wie die derzeitige Wohnraumlage und das ehrenamtliche Engagement aussehen. Außerdem informierte ich die Verwaltung in den Städten und Gemeinden über die Neuregelungen in der Asylpolitik. Mehr hierzu in Kürze im neuen „Taktgeber“!



Auch beim Diakonischen Werk in Syke informierte ich mich zur Flüchtlingshilfe. Hier traf ich Superintendent Dr. Jörn-Michael Schröder, Geschäftsführerin Marlis Winkler und Flüchtlingsberaterin Sarah Lübker (v.l.).

Zum Thema Flüchtlinge referierte ich auch vor dem **Rotary Club Bruchhausen-Vilsen**. Der ehemalige Samtgemeindebürgermeister und neue DRK-Kreisvorsitzende Horst Wiesch hatte mich darum gebeten. Nach meinem 20-minütigen Vortrag diskutierten wir angeregt eine Stunde lang im Forsthaus Heiligenberg.



Termine und Hinweise

Etwa sieben Millionen Menschen in Deutschland haben **Diabetes** mellitus. Was kann die Politik zur Verbesserung der Prävention und Patientenversorgung tun? Darüber debattieren Experten bei einem Fachgespräch der CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch, 25. November, im Bundestag. Interessierte Bürger können sich gern über mein Büro für diese Veranstaltung bis zum 19. November anmelden. Impulsvorträge werden die beiden Bundesminister Hermann Gröhe (Gesundheit) und Christian Schmidt (Ernährung und Landwirtschaft) halten.

Nachwuchsforscher können sich noch bis zum 30. November für die nächste Wettbewerbsrunde von „**Jugend forscht**“ anmelden. Das Motto lautet diesmal „Neues kommt von Neugier“. Teilnahmeberechtigt sind Schüler ab der vierten Klasse, Auszubildende und Studierende (Höchstalter 21 Jahre). Als stellvertretendes Mitglied im Bildungs- und Forschungsausschuss kann ich nur zu einer frühzeitigen Beschäftigung mit Naturwissenschaften und Technik raten. Weitere Informationen gibt es unter www.jugend-forscht.de.

Auf großes Interesse war der Bundeswettbewerb „**Schulhöfe der Zukunft**“ in meinem Wahlkreis gestoßen. In einer neuen Ausschreibung wollen die Stiftung „Lebendige Stadt“ und die Deutsche Umwelthilfe nun drei Schulen bei einer Neugestaltung ihrer Pausenhöfe unterstützen. Dazu werden neben der Beratung jeweils 20.000 Euro zur Verfügung gestellt. Interessierte Schulen können sich bis zum 30. November für das Auswahlverfahren auf www.deinschulhof.de bewerben.

In der Rubrik „**Damals**“ stand in dieser Woche in der Kreiszeitung eine Meldung mit meinem Namen: Am 2. November 2011 hatte ich das Mehrgenerationenhaus in Stuhr-Brinkum besucht, das zu der Zeit sein fünfjähriges Bestehen feierte.

Damit habe ich anscheinend schon Geschichte geschrieben... Am nächsten Wochenende findet nun das zehnjährige Jubiläum der Einrichtung statt, an dem ich ebenfalls gern teilnehmen werde. Damals wie heute steht die zukünftige Finanzierung der **Mehrgenerationenhäuser** im Mittelpunkt. Dazu laufen seit einiger Zeit Gespräche zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Im Bundeshaushalt 2016 sind bereits 14 Millionen Euro zur weiteren Unterstützung der ausgewählten Häuser eingeplant. Dasselbe gilt für den Etat 2017.

Noch einige gute Neuigkeiten zum Schluss: Die Beschäftigung in Deutschland bewegt sich weiter auf **Rekordniveau**. Im Oktober ist die Zahl der Arbeitslosen auf nunmehr 2,6 Millionen gefallen. Damit hat sich dieser Wert seit der Regierungsübernahme durch die CDU im Jahr 2005 fast halbiert! Tatsächlich liegt die Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit 1991.



Grafik: CDU

In Folge der guten Arbeitsmarktentwicklung wird für 2016 die größte **Rentenanpassung** seit fast 20 Jahren erwartet. Rentner können sich auf Plus von vier bis fünf Prozent bei ihren Altersbezügen einstellen.

Mit besten Grüßen

